

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/1

2. Januar 1974

Fortschritte für Frieden "Unumkehrbar"

Zustimmung zu einer Forderung des "Neuen Deutschland"

Seite 1 / 41 Zeilen

Das Märchen von der totalen Information

Tausende Autofahrer wußten nicht, ob sie ihren Wagen
benutzen durften

Seite 2 / 43 Zeilen

Sport gegen Einsamkeit

Wichtiges Mittel zur sozialen Integration der Senioren

Von Peter BÜchner MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Bilanz sozialer Leistungen im Jahre 1973

Zügige Fortentwicklung der Reformen zugunsten der
Kriegsgeschädigten

Seite 5 und 6 / 62 Zeilen

Fortschritte für Frieden "unumkehrbar"

Zustimmung zu einer Forderung des "Neuen Deutschland"

Das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), das Ostberliner "Neues Deutschland", hat in seiner letzten Jahress Ausgabe 1973 partei- und damit staatsoffiziell es cathedra fordernd erklärt, daß es jetzt darauf ankomme, die Fortschritte für den Frieden "unumkehrbar" zu machen.

Dieser Forderung des SED-Zentralorgans ist von der Bundesrepublik aus vollinhaltlich und ohne jeden Rückhalt zuzustimmen. Wir sehen einen sehr wichtigen Teil dieses Fortschrittes in den Verträgen, die zwischen Bonn und Ostberlin zur Normalisierung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten und zur Regelung ihrer humanitären Beziehungen abgeschlossen worden sind. Alles, was dem Menschen dient, dient dem Frieden, der mit allen Mitteln bewahrt und gesichert werden muß, um den Menschen zu dienen. Die Tatsache also, daß es im beiderseitigen Bemühen gelungen ist, vertragliche Regelungen zu treffen, die den Menschen in den beiden deutschen Staaten und ihrem erleichterten Kontakt dienen, ist als eine ganz hervorragende Leistung für die Bewahrung und Festigung des Friedens in Mitteleuropa und darüber hinaus für die ganze Erde zu bewerten.

Wie jede andere "Umkehrung" von Wortlaut, Geist und Ziel der Verträge, die im Interesse der Normalisierung der staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und zwischenmenschlichen Beziehungen geschlossen worden sind, dem Frieden abträglich sein muß, so gilt das auch für die Verträge, die zwischen der Bundesrepublik und der DDR mit der Absicht geschlossen worden sind, dem Frieden zu dienen.

Wenn also jetzt das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" partei- und staatsoffiziell fordert, daß Fortschritte für den Frieden "unumkehrbar" gemacht werden müssen, dann kann man in Ostberlin unseres Beifalls und unserer Zustimmung gewiß sein. Wir können, abgesichert durch diese klarstellende Forderung, nunmehr fest damit rechnen, daß auch die DDR nicht nur den Wortlaut, sondern auch den Geist und die Ziele der zwischen Bonn und Ostberlin geschlossenen Verträge peinlich genau einhalten und beachten wird, um gemeinsam mit der Bundesrepublik zu verhüten, daß Fortschritte für den Frieden umgekehrt würden. Dazu sollte man mahrend daran erinnern, daß sich auch Maßnahmen, wie die Erhöhung der Umtauschquoten, kaum in die von uns begrüßte Rahmenforderung des "Neuen Deutschland" einpassen lassen.

Wir können dem SED-Zentralorgan dankbar sein, daß es uns diese Rahmenforderung auf den Weg in das Jahr 1974 mitgegeben hat. Die Bundesregierung kann sich in ihrer Deutschlandpolitik getrost darauf stützen, daß auch nach offizieller Überzeugung der DDR alles darauf ankommt, die Fortschritte für den Frieden "unumkehrbar" zu machen. Es sollte als Gewißheit angenommen werden können, daß sich die DDR diese Aussage ihres "Neuen Deutschland" nicht mahrend oder gar rügend vorhalten lassen möchte. (ee/2.1.1974/bgy/ee)

+ + +

Das Märchen von der totalen Information

Tausende Autofahrer wußten nicht, ob sie ihren Wagen benutzen durften

Wir leben, so heißt es oft, in einer Ära der totalen Information. Es sei allenfalls eine Frage der Zeit, bis alles ruckbar und an die große Glocke gehängt werde. Daran ist durchaus etwas. Die Massenmedien rotieren von morgens bis in die Nacht, um den Bürger akustisch, optisch und über bedrucktes Papier zu informieren, orientieren, motivieren und abendrein auch noch zu amüsieren. Eine andere Frage ist freilich, wie der derart permanent Angesprochene darauf reagiert.

Wie allgemein bekannt (das setzen wir voraus), war über den 25. November und die ersten drei Sonntage des Dezembers ein generelles Autofahrverbot verhängt, auf daß angesichts der Ölkrise die Treibstoffvorräte geschont werden. Den 23. und 30. Dezember nahm man dann wegen der Feiertage von dem Verbot aus. Es wurde ausgiebig darüber geschrieben und geredet. Jedermann, namentlich jeder Automobilist, der ja sozusagen ein qualifizierter Jedermann ist, hätte informiert sein sollen, nahm man an. Schließlich hatte es auch bemerkenswert gut mit dem Einhalten des Verbots geklappt. Allein, die Kunde, daß an den beiden letzten Dezembersonntagen die Straße wieder dem motorisierten Teil der Bevölkerung gehörte, hatte sich in diesen Kreisen keineswegs überall herumgesprochen. Dafür blockierten dann Abertausende den Notruf der Polizeistationen im Lande, um sich die drängende Frage beantworten zu lassen, ob es denn stimme, daß man wieder dürfe... Es ist zu gewärtigen, daß sich dies am 6. und 13. dieses Monats - ebenfalls Sonntage, an denen keine Einschränkungen bestehen - wiederholt.

Mit einiger Spannung darf man dem 19. Januar entgegensehen, wenn zum erstenmal die neue Spielart des Fahrverbots in Kraft tritt, und die Autohalter mit den geraden Endnummern im Kennzeichen ihre Wagen über das Wochenende stehenlassen müssen, um dann die Woche darauf den "Ungeraden" etwas vorzufahren und so weiter. Woran mag es liegen, daß eine beachtliche Anzahl erwachsener, durchaus des Lebens und Schreibens kundiger Bürger über einen sie doch unmittelbar berührenden und andererseits klar überschaubaren Tatbestand so uninformiert waren? Wie sieht es wohl bei verwickelteren Zusammenhängen aus?

Zuviel Information kann ebenso abstupfen wie zuwenig. Ganz offensichtlich schalten viele Zeitgenossen gegenüber dem tagtäglichen Informationsrauschen öfter einfach einmal ab. Sicher bringt auch die Verpackung mancher Nachricht den Adressaten dazu, ihre Annahme zu verweigern. Auf jeden Fall dürfte es gefährlich sein, das Märchen von der allseitig unterrichteten Gesellschaft zu glauben. Da haben leider noch die häufig mehr Erfolg, die ihr Konzept an der Ignoranz ausrichten.

Claus Preller
(-/2.1.1974/bgy/pr)

+ + +

Sport gegen Einsamkeit

Wichtiges Mittel zur sozialen Integration der Senioren

Von Peter Büchner MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Der Sozialbericht der Bundesregierung weist aus, daß 1975 mit 11,5 Millionen älteren Menschen rd. ein Fünftel der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik im Pensionsalter sein werden. Schon diese Zahl mag zeigen, welche Bedeutung der Betreuung und der sinnvollen Lebensgestaltung dieser Menschen zukommt. Obwohl sich auch die Wissenschaft in verstärktem Maße dieser Altersgruppe zuwendet, gibt es gegenwärtig noch keine gesicherten Forschungsergebnisse über die Wirkung des Sports im Alter.

Wir sind allerdings der Ansicht, daß sportliche Betätigung auch im Alter, sowohl aus medizinisch-biologischer, als auch aus psychologisch-soziologischer Sicht wertvolle Auswirkungen auf den Menschen haben. Die Altenbetreuung herkömmlicher Art besteht fast ausschließlich aus verschiedenen Arten von Unterhaltung. Dabei bleibt der ältere Mensch weitgehend inaktiv; jedenfalls wird von ihm kaum körperliche Bewegung gefordert. Die jüngsten Bestrebungen, sportliche Übungen auch bis ins hohe Alter durchzuführen, sind weitgehend auf die Gruppe ehemals aktiver Sportler beschränkt. Dabei steht oft zu sehr der Leistungswille, der vom Wettkampf herkommt, im Vordergrund. Dies kann ältere Bürger abschrecken, die vielleicht in der Schule zum letztenmal einen Wettkampf bestritten haben und sonst nur gelegentlich sportlich aktiv waren. Auf diese Gruppe älterer Menschen, auf die sportlichen Laien, zielt unsere Anregung. Dafür sollen Untersuchungen durchgeführt und Programme entwickelt werden.

Es entspricht dem Selbstverständnis sozialdemokratischer Sportpolitik, daß der Bund alle Möglichkeiten ausschöpft, um neben einer wirkungsvollen Verbesserung der Voraussetzungen für den Leistungssport gerade auch die Förderung des Breitensports zu intensivieren. Diese Bemühungen müssen sich auf alle Altersgruppen der Bevölkerung beziehen, und jeder soll die Chance haben, Sport zu einem positiven Element seiner Lebensgestaltung zu machen.

Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft soll untersuchen, welches die sinnvollsten Formen der spielerisch-sportlichen Betätigung älterer Menschen

sind. Die Ergebnisse dieser Forschungen müssen den Sport- und Wohlfahrtsorganisationen, den Bundesländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Verfügung gestellt werden, damit die gewonnenen Erkenntnisse bei der Ausbildung von Sportlehrern, Übungsleitern und in den sozialpädagogischen Berufszweigen Berücksichtigung finden.

Die beschränkte Kompetenz des Bundes für den Breitensport läßt es immerhin zu, daß Modellmaßnahmen auf Bundesebene gefördert werden können. Im Rahmen dieser Maßnahmen sollen auch Spezialformen des Sports für ältere Bürger einbezogen werden. Naturgemäß spielt die medizinische Betreuung bei der sportlichen Aktivität älterer Menschen eine besonders wichtige Rolle. Die 14 sportmedizinischen Untersuchungszentren auf Bundesebene, die vorwiegend Spitzensportlern zur Verfügung gestellt werden, waren im letzten Jahr nicht voll ausgelastet. Deshalb wird man prüfen können, ob diese Einrichtungen zeitweise auch für den Breitensport zur Verfügung gestellt werden können und ob hierbei besonders den sportlichen Bedürfnissen der älteren Bürger Rechnung getragen werden kann.

Schließlich soll der Bund, dort wo er als Auftraggeber oder als an der Finanzierung Beteiligter Einfluß auf Baumaßnahmen hat, Möglichkeiten zur sportlichen Aktivität älterer Mitbürger einplanen. Dies gilt sowohl bei der Errichtung von Wohn- und Tagesstätten, als auch und besonders bei der Errichtung von Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen.

Bei allen Bemühungen muß es darum gehen, den Sport als Mittel der sozialen Integration der älteren Menschen zu nutzen. Deshalb wollen wir keinen "Alten-sport", der neben dem Schulsport, dem Jugendsport, dem Freizeit-, Wettkampf-, Versehrten- oder Spitzensport steht, sondern unter Berücksichtigung der spezifischen Möglichkeiten und Erfordernissen soll die sportliche Betätigung älterer Menschen in den allgemeinen Breiten- und Freizeitsport eingebunden sein. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der Zusammenarbeit staatlicher Stellen und der verschiedensten Institutionen und Verbände. Der Bund kann die Richtung weisen und wichtige Markierungspunkte setzen.

(-/ 2. 1. 1974/ks/pr)

+ + +

Bilanz sozialer Leistungen im Jahre 1973

Zügige Fortentwicklung der Reformen zugunsten der Kriegsgeschädigten

Im Zuge der inneren Reformen der sozialliberalen Koalition wurde auch 1973 die Gesellschafts- und Sozialpolitik zugunsten der Geschädigten des Zweiten Weltkrieges zügig fortentwickelt. Nachstehend sollen die wichtigsten Ergebnisse zusammengefaßt werden.

1/ Der Innenausschuß des Bundestages verlangt im Juni 1973 von der Bundesregierung die Vorlage einer Gesamtkonzeption aller Forderungen aus Kriegsfolgengesetzen. Der Bericht soll im Januar 1974 dem Bundestag vorgelegt werden. Aufgrund dieses Berichts erwarten die Geschädigten aus der DDR die Gleichstellung in der Verzinsung und Gewährung des Entwurzelungszuschlages mit allen übrigen Geschädigten. Für Heimkehrer soll die Beseitigung von Nachteilen in der Rentenversorgung durch lange Zeiten der Kriegsgefangenschaft erfolgen.

2/ Durch die 25. LAG-Novelle ist eine verbesserte und erweiterte Altersversorgung erfolgt. Ab 1. Januar 1973 wird die Unterhaltshilfe (UH) nebst Zuschlägen jährlich prozentual entsprechend der übrigen Rentenversorgung angepaßt; alle ehemals Selbständigen und von ihnen wirtschaftlich abhängige Personen, die in der Heimat seit dem 16. Lebensjahr mindestens zehn Jahre zu diesem Personenkreis gehörten, erhalten auf Antrag UH, wenn sie die Altersgrenze erreichen bzw. vorher erwerbsunfähig werden, sofern die normale Altersrente nicht die jeweils geltenden Sätze der UH erreicht; ab 1. Januar 1974 fällt für UH-Empfänger die Vermögensgrenze von DM 12.000,- weg; es werden nur noch Einkommen aus Vermögen auf die UH angerechnet; dabei bleibt ein Freibetrag von DM 480,- jährlich unberücksichtigt.

3/ Der Bundestag hat am 8. November 1973 einen Beschluß der SPD/FDP-Abgeordneten des Innenausschusses einstimmig gebilligt, nach dem die UH mit Zuschlägen im Rahmen eines Stufenplanes vorzeitig angehoben wird. Neben der Erhöhung zum 1. Januar 1974 erfolgen die weiteren Anhebungen am 1. Oktober 1974 um 11,2 vH. und am 1. Juli 1975 um 10,4 vH.

4/ Der 1972 in Kraft getretene § 301 b LAG, nach dem in Härtefällen Leistungen für Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte und Reparations-

geschädigte gewährt werden können, hat 1973 zu ersten positiven Auswirkungen geführt. Hierbei auch fortan mitzuhelfen, ist Aufgabe aller. Anhaltspunkte erhält jeder Verband von der SPD-Bundestagsfraktion - Arbeitsgruppe Geschädigtenfragen.

5/ Negativ ist festzustellen, daß das Land Schleswig-Holstein im Bundesrat zum zweiten Mal einen Gesetzentwurf durchgesetzt hat, die einheimische Landwirtschaft von 1972 - 1979 von der Vermögensabgabe zu befreien. Der Ausfall im Ausgleichsfonds würde 720 Millionen DM betragen. Die Bundesregierung und Koalition lehnen den Antrag erneut ab, da er als gegen die Vertriebenen und Flüchtlinge gerichtet anzusehen ist.

6/ Im weiteren Raum der Sozialpolitik wird auch die Kriegsopferversorgung 1974/75 nach demselben Stufenplan wie für die Unterhaltshilfeempfänger angepaßt.

7/ Beim Wohngeld bleibt ab 1. Januar 1974 vom Einkommen ein Freibetrag von 30 vH. - bisher 20 vH. - unberücksichtigt; außerdem werden die Einkommenshöchstgrenzen heraufgesetzt. Erfolg: In Zukunft mehr Wohngeld und mehr Wohngeldberechtigte.

8/ Für angemeldete DDR-Schäden ist der Raum für Anerkennungen der Schäden wesentlich erweitert worden.

9/ Durch das Rentenreformgesetz haben u.a. besonders Bürger mit niedrigen Renten erhebliche Verbesserungen ihrer Einkommen erhalten.

10/ Sparerschäden werden ab 1974 grundsätzlich vom Ausgleichsamt geregelt und nicht mehr auf dem umständlichen Weg über die sogenannten Treuhänder.

11/ Die Heimkehrerstiftung in Bonn-Bad Godesberg hat 1973 besonders aktive Hilfe in Form von Darlehen und Unterstützungen geleistet; 15,9 Millionen DM wurden bewilligt.

12/ Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge hat unbürokratisch und schnell Unterstützungen gewährt, die den aus der DDR gekommenen Menschen bei ihrer Eingliederung halfen.

Im Bewußtsein dieser Leistungen sind wir in das Jahr 1974 gegangen. Helfen wir alle noch mehr als bisher! Nur durch Aufklärung der Bürger in unserem Lande werden Gesetze mit Leben erfüllt - nur dann verwirklichen wir unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Walter Haack
(~/2.1.1974/ks/pr)

+ + +